



# HFA

über die  
3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Dienstag, dem 19.07.2011  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend

Bürgermeister

Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Britta Dreher  
Frau Marion Dyduch  
Frau Petra Hartig  
Herr Peter Holtmann  
Frau Renate Jung  
Herr Heiko Klanke  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Annette Mann  
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Rainer Fuhrmann  
Herr Reinhard Hasler  
Herr Heinrich Kissing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann  
Frau Sabrina Conrad  
Herr Uwe Liedtke  
Herr Jörg Mösgen  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Personalrat

Herr Uwe Fleißig

Entschuldigt fehlten

Herr Michael Krause  
Frau Susanne Middendorf

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 Ka "Unnaer Straße" hier: Änderungsbeschluss	052/2011
2	Erweiterung des Planungsraumes des Bebauungsplanes Nr. 37 Ka-Me "zwischen Schimmelstraße und Eisenbahn Dortmund - Hamm" hier: erneuter Aufstellungsbeschluss	053/2011
3	Lärmaktionsplan der Stadt Kamen hier: Beschluss des Lärmaktionsplans	051/2011
4	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen	038/2011
5	Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Aufwendungen Produkt 11.13.01 - Stadtmarketing / Kamener Winterwelt 2011	046/2011
6	Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Kamen für den Planungszeitraum der Jahre 2011 bis 2014 hier: Parkraumbewirtschaftung	050/2011
7	Bau einer Salzlagerhalle hier: Genehmigung einer nachweisbar rentierlichen Investition	057/2011
8	Maßnahme Ausbau der Derner Straße - Westabschnitt - hier: Positionierung in der Prioritätenliste 2012	054/2011
9	Betriebsergebnisse des Jahres 2010 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen	056/2011

10	Haushalt 2012 hier: Bericht zur veränderten Darstellung des Haushaltes	
11	Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Stadtentwässerung Kamen	042/2011
12	Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung Kamen	044/2011
13	Jahresabschluss 2010 der Städtischen Sparkasse Kamen	040/2011
14	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH	030/2011
15	Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Energiehandelsgesellschaft West mbH (EHW)	028/2011
16	Energiehandelsgesellschaft West mbH (ehw) hier: Verkauf von Gesellschaftsanteilen an die Stadtwerke Emmerich GmbH	048/2011
17	Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH hier: Entsendung der Geschäftsführung der GSW in die Gesellschafterversammlung und Anpassung des Gesellschaftsvertrags	039/2011
18	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

**B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
052/2011

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 Ka "Unnaer Straße"  
hier: Änderungsbeschluss

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärten sich keine Ausschussmitglieder für befangen.

### Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 Ka „Unnaer Straße“ gem. § 2 (1) BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind aus dem vorgelegtem Lageplan ersichtlich).
2. Nach Erlangung der Rechtskraft werden die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 61 Ka „Unnaer Straße“ aufgehoben.
3. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 2.  
053/2011

Erweiterung des Planungsraumes des Bebauungsplanes Nr. 37 Ka-Me  
"zwischen Schimmelstraße und Eisenbahn Dortmund - Hamm"  
hier: erneuter Aufstellungsbeschluss

Frau **Dyduch** fragte rein informativ nach dem Umgang der Verwaltung mit einem Schreiben des Herrn Nieme zu dieser Thematik.

Herr **Hupe** machte deutlich, dass das Schreiben nicht als Antrag zu qualifizieren sei, es werde jedoch prüfend mit einbezogen. Er gab zu Bedenken, dass die Stadt in dieser Angelegenheit formal keine Entscheidungskompetenz habe.

Ergebnis des Mitwirkungsverbot gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärten sich keine Ausschussmitglieder für befangen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 37 Ka-Me „zwischen Schimmelstraße und Eisenbahn Dortmund - Hamm“ gem. § 2 (1) BauGB in den erweiterten Planungsgrenzen (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem vorgelegten Lageplan ersichtlich).
2. Nach Erlangung der Rechtskraft werden die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 10 Ka-Me aufgehoben.
3. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
051/2011

Lärmaktionsplan der Stadt Kamen  
hier: Beschluss des Lärmaktionsplans

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 4.  
038/2011

Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 5.  
046/2011

Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Aufwendungen Produkt 11.13.01 - Stadtmarketing / Kamener Winterwelt 2011

Herr **Hasler** brachte die positive Haltung der CDU-Fraktion zu diesem Vorhaben zum Ausdruck und machte deutlich, dass nicht versucht werde die Kamener Winterwelt zu blockieren. Er kritisierte jedoch, dass die Vorlage zu wenig Details und somit zu wenig Aussagekraft aufweise. Beispielsweise vermisse er detaillierte Aussagen zu den Mehrkosten der Schausteller, der Bandenwerbung sowie den Bau- und Unterhaltungskosten. Er erkundigte sich mit Blick auf den Nothaushalt, nach der Gegenfinanzierung des Vorhabens.

Herr **Sostmann** erläuterte zunächst, dass diese Buchungsstelle und der dort veranschlagte Betrag mehrere Ausgabenpositionen des Stadtmarketings bündele.

Ziel der Verwaltung sei gewesen, den Weihnachtsmarkt für Kamen wieder attraktiver zu gestalten. Die im Vordergrund stehende Frage, wie die Kosten dafür zu stemmen seien, werde durch die Bandenwerbung und die Standgelder gelöst.

Die Bahn selbst verursache Mietkosten i.H.v. 40.000 Euro, hinzu kämen je nach Witterungsbedingungen Energiekosten i.H.v. 10.000 – 15.000 Euro. Zusammen mit sonstigen Kosten für beispielsweise Toilettenanlagen und Securitydienste, werde die Kamener Winterwelt voraussichtlich Mehraufwendungen i.H.v. insgesamt 65.000 Euro innerhalb des Produktes verursachen.

Die Idee zu dieser Weihnachtsaktion sei bei den Gewerbetreibenden in Kamen auf große Begeisterung gestoßen.

Die frühzeitige Information der hiesigen Presse begründete er damit, dass aufgrund des Zeitdrucks, der aus der Beliebtheit dieser Attraktion resultiere, die Notwendigkeit bestanden habe, den Vertrag mit dem Vermieter der Eisbahn frühzeitig zu unterschreiben.

Mit der Eisbahn und dem geplanten Gastronomiezelt werde man das Optimum für Kamen herausholen. Er sei optimistisch, dass die Kosten durch Standgelder und Bandenwerbung zu refinanzieren seien. Bereits jetzt lägen Voranmeldungen im Rahmen von Weihnachtsfeiern für die Eisbahn vor. Aktuell seien bereits 80 m der Eisbahnbande für Bandenwerbung reserviert, so dass es der Verwaltung gelingen werde insgesamt 100 m Bande mit lokaler Werbung zu besetzen.

Bezogen auf die Mehraufwendungen in der Buchungsstelle stellte er heraus, dass die Bereitstellung der Mittel aufgrund der Fälligkeit der Miete für die Eisbahn zum jetzigen Zeitpunkt notwendig sei. Der Geldfluss durch die Standgelder und Bandenwerbung werde erst zu einem späteren Zeitpunkt erwartet.

Herr **Bürgermeister Hupe** lobte das neue Konzept für den Kamener Weihnachtsmarkt, da u.a. jede Altersklasse angesprochen werde. Dieses Jahr werde zudem eine Bühne aufgebaut, so dass die Schulen und Kindertagesstätten wieder mit eingebunden werden könnten. Zusätzlich werde es in dieser Zeit einen verkaufsoffenen Sonntag geben sowie erneut die von der KIG ausgerichtete Veranstaltung „Kulinarische Weihnachten“.

Er wies ausdrücklich daraufhin, dass die Finanzierung ohne Belastung des Haushaltes abzuwickeln sei, da es sich um eine rein durchlaufende Position handele.

Die Winterwelt sei ein interessanter Versuch, so Herr **Kühnapfel**, die dafür notwendigen Ausgaben seien in Zeiten des Nothaushaltes jedoch nicht zu rechtfertigen. Die Mitteln könnten nur einmal verausgabt werden und stünden so nicht für andere Projekte zur Verfügung. Er kritisierte die zu starke Konzentration auf die Gewerbetreibenden und Handelsunternehmen sowie die hohen Energiekosten im Falle eines milden Winters. Zudem befürchte er durch die Konkurrenz eine geringere Auslastung und Verluste der von den GSW betriebenen Eishalle in Bergkamen.

Herr Kühnapfel erkundigt sich nach der Höhe der Standgelder und welchen Anteil die KIG übernehme, abgesehen von der Bandenwerbung.

Die Idee resultiere aus Überlegungen der Verwaltung zu der Frage, wie zukünftig mit dem Weihnachtsmarkt in Kamen umgegangen werde, erklärte Herr **Hupe**. Weiter berichtete er, dass die KIG beabsichtige, wie im Vorjahr in dieser Zeit ein kulinarisches Wochenende durchzuführen, dessen Kosten auch komplett von der KIG getragen würden. Es sei bereits vorgetragen worden, dass die Verwaltung zuversichtlich sei, die Veranstaltung ohne städtischen Zuschuss durchführen zu können.

Herr **Sostmann** berichtete von Diskussionen über die Gestaltung des Weihnachtsmarktes. Früher seien die Standgelder des Weihnachtsmarktes so gering gewesen, dass Bezuschussungen notwendig gewesen seien. Das neue Konzept sehe ausschließlich Versorgungsstände vor. Aufgrund von positiven Erfahrungswerten mit solchen Konzepten würden höhere Standgeldgebühren derzeit geprüft.

Frau **Dyduch** erinnerte an Diskussionen zu der Thematik Weihnachtsmarkt und der Forderung nach innovativen Ideen vor allem von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Sie zeigte kein Verständnis für die jetzige Haltung der Fraktion. Das Konzept sei eine neue Chance, die die SPD-Fraktion mit Freude begleiten werde.

Die Frage des Herrn **Kissing**, ob die Kosten des Bauhofes in die Kostenaufstellung mit einbezogen worden seien, bejahte Herr **Sostmann**. Er gehe jedoch nur von einem sporadischen Einsatz der Bauhofmitarbeiter aus.

Es sei ein vielfältig geäußelter Wunsch in Politik und Verwaltung gewesen für den Weihnachtsmarkt ein neues Konzept zu erarbeiten, so Herr **Kissing**. Er machte deutlich, dass ein vernünftiger Weihnachtsmarkt Ideen und Neuerungen bedürfe. Dabei bleibe jedoch auch immer ein Restrisiko bestehen.

Herr **Bürgermeister Hupe** machte deutlich, dass die Bürger über die hiesige Presse bewusst frühzeitig informiert worden seien, auch um möglichen Konkurrenzveranstaltungen in der näheren Umgebung vorzubeugen. Die Kamener Winterwelt werde sich über einen Zeitraum von 4 Wochen bis kurz vor Weihnachten erstrecken. Er bat darum, einem solch innovativen Konzept eine Chance zu geben. Schließlich wies er nachdrücklich darauf hin, dass es sich lediglich um eine durchlaufende Finanzierung handele. Die Vorlage sei notwendig, weil Ausgaben zu leisten seien, entsprechende Einnahmen allerdings erst zeitlich verzögert fließen würden.

Herr **Sostmann** verdeutlichte, dass die zur Verfügung gestellten Mittel nicht bei anderen Projekten fehlen würden.

Die Fraktion Die Linke/ GAL werde das Projekt positiv begleiten, so Herr **Grosch**. Jedoch betrachte auch er die Energiekosten als kritischen Punkt. Letztlich hoffe er auf ein neues Gesicht für den Kamener Weihnachtsmarkt.

Die Beschlussvorlage wurde ohne Beschlussfassung verwiesen.

Zu TOP 6.  
050/2011

Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Kamen für den Planungszeitraum der Jahre 2011 bis 2014  
hier: Parkraumbewirtschaftung

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 7.  
057/2011

Bau einer Salzlagerhalle  
hier: Genehmigung einer nachweisbar rentierlichen Investition

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 8.  
054/2011

Maßnahme Ausbau der Derner Straße - Westabschnitt -  
hier: Positionierung in der Prioritätenliste 2012

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 9.  
056/2011

Betriebsergebnisse des Jahres 2010 der gebührenfinanzierten Kommunaleinrichtungen

Bezogen auf das Produkt Märkte erkundigte sich Herr **Hasler**, ob es eine Differenz in Bezug auf die Kostendeckung zwischen Wochenmarkt und Kirmes gebe oder ob beides kostendeckend sei. Falls beides kostendeckend sei, hoffe er auf ein Ende der Diskussionen zur Änderung des Kirmessenkonzeptes.

Der Hintergrund für die Frage des Kirmessenkonzeptes sei nicht im Gebührenhaushalt zu finden, erläuterte Herr **Hupe**. Entscheidend für die Diskussionen seien die Fragen der Attraktivität der Kirmes, der Belastung der Anwohner in der Innenstadt sowie die Qualität der Kirmes.

Herr **Sostmann** berichtete, dass es immer schwieriger werde qualitativ ansprechende Stände zu akquirieren. Durch Umstrukturierungen und damit verbundener Personalkostenreduzierung sei es möglich gewesen, eine Kostendeckung für den Bereich Kirmessen zu erreichen.

Bezogen auf den Wochenmarkt sei hinsichtlich der Akzeptanz eine positive Tendenz zu beobachten.

Im Fazit sei eine Kostendeckung der einzelnen Bereiche für sich nicht gegeben.

Zum Produkt Winterdienst wies Herr **Hasler** darauf hin, dass für die Unterdeckung i.H.v. 208.000 Euro die Möglichkeit zur Splittung auf zwei Jahre bestehe, um so die Auswirkung auf die Gebühren für den Bürger zu minimieren.

Herr **Hupe** sagte diesbezüglich eine Prüfung für eine mögliche bürgerfreundliche Lösung zu.

*Herr Eisenhardt verließ die Sitzung um 17.45 Uhr.*

Zu TOP 10.

Haushalt 2012

hier: Bericht zur veränderten Darstellung des Haushaltes

Herr **Mösgen** wies einleitend daraufhin, dass die Thematik „Transparenter Haushalt“ nicht neu sei. Vielmehr sei dies Dauerthema in der Finanzbuchhaltung, da mit jedem Haushalt auch Neuerungen einfließen würden. Vor Erläuterung der neuen Gestaltungsüberlegungen für den Haushalt 2012 blickte er zunächst auf die bisherige Entwicklung zurück. Dabei erinnerte er daran, dass Kamen als erste Kommune im Kreis Unna den NKF-Haushalt eingeführt habe. Hintergrund für die Einführung des NKF-Projektes 1999 sei die Forderung nach mehr Transparenz und einem besseren Steuerungselement gewesen.

Seit der Einführung des NKF-Haushaltes bis heute sei jedoch noch keine Software entwickelt worden, die alle praktischen Anforderungen erfüllen würde.

Bei der Entwicklung einer Softwarelösung in Zusammenarbeit mit der Firma MPS sei schnell festgestellt worden, dass das doppelte System für die Verwaltung nicht 1:1 übertragbar sei. Deshalb hätte es kontinuierlich erkennbare Veränderungen der Software ergeben.

Das Ergebnis der aktuellen Überlegungen habe in dem vorgelegten Entwurf gemündet.

Der Kämmerer machte deutlich, dass eine Weiterentwicklung in diesem Bereich auch ohne ausdrücklichen Wunsch der Politik stattgefunden hätte. Nicht nachvollziehen könne er die Aussage, dass der Haushaltsplan auch für die Kommunalaufsicht nicht lesbar sei. Diesbezüglich habe es auf Nachfrage der Verwaltung in den zuständigen Abteilungen des Kreises Unna sowie der Bezirksregierung keine Probleme gegeben. Zudem seien Pläne anderer Kommunen teilweise identisch oder ansatzweise vergleichbar in der Darstellung.

Zu den Neuerungen zähle zum einen die Aufteilung in 2 Bände, so Herr Mösgen. Der erste Band werde die Erläuterungen der Fachbereiche enthalten, einen Überblick darüber gebe das vorgelegte Muster mit dem Inhaltsverzeichnis. Er verwies dabei im Besonderen auf Punkt 4.3 – Erläuterung der Fachbereiche zu den Produkten.

Der zweite Band enthalte die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne, die nun quer geheftet seien. Die optische Darstellung sei durch eine neue farbliche Gestaltung und neu eingefügte Linien ansprechender ausgearbeitet worden. Inhaltlich seien die Buchungsstellen neu aufgegliedert worden. Grenzen in der Neugestaltung habe es durch die vom Gesetzgeber vorgegebenen Rahmenbedingungen gegeben, die eine gewisse Einheitlichkeit sicherstellten.

Er bat die Ausschussmitglieder den „Transparenten Haushalt“ als dynamische Entwicklung zu betrachten. Letztlich bat er um Selbstdisziplin und Schwerpunktsetzung in den politischen Diskussionen zum Haushalt.

Für die CDU-Fraktion begrüßte Herr **Kissing** die Aufnahme der Forderungen in der neuen Darstellung. Anknüpfend an den Wunsch des Kämmerers richtete er einen Appell an die Anwesenden, dass es nicht Aufgabe der Ratsmitglieder sei jede kleinste Zahl detailliert zu diskutieren. Entscheidend sei die Betrachtung des Ganzen.

Zu TOP 11.  
042/2011

Feststellung des Jahresabschlusses 2010 der Stadtentwässerung Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 12.  
044/2011

Ausschüttung von Teilbeträgen des Eigenkapitals der Stadtentwässerung Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 13.  
040/2011

Jahresabschluss 2010 der Städtischen Sparkasse Kamen

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 14.  
030/2011

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 15.  
028/2011

Anpassung des Gesellschaftsvertrags der Energiehandelsgesellschaft West mbH (EHW)

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 16.  
048/2011

Energiehandelsgesellschaft West mbH (ehw)  
hier: Verkauf von Gesellschaftsanteilen an die Stadtwerke Emmerich GmbH

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 17.  
039/2011

Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH  
hier: Entsendung der Geschäftsführung der GSW in die Gesellschafterversammlung und Anpassung des Gesellschaftsvertrags

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

Zu TOP 18.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### Mitteilungen

Unter Verweis auf die Mitteilung im Betriebsausschuss berichtete Herr **Mösigen** zur Weiterentwicklung der Swaps. Aufgrund der neuesten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu dieser Thematik, habe die Verwaltung einen Rechtsanwalt mit der rechtlichen Einschätzung der Erfolgsaussichten einer möglichen Klage gegen die WestLB beauftragt. Die Frage, ob es eine Möglichkeit zur Änderung der bestehenden Verträge gebe, werde zur Zeit in Gesprächen mit der WestLB erörtert.

Herr **Hasler** bezog sich auf die Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses zur Zuführung eines Anteils aus dem Jahresüberschuss 2010 des Eigenbetriebes Stadtentwässerung an die Stadt Kamen, mit Blick auf nicht gebildete Rückstellungen. Er erkundigte sich, ob eine erfolgreiche Klage nicht auch eine Änderung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes bedinge, indem zunächst Rückstellungen gebildet werden müssten und die Abführung daher nicht mehr möglich sei.

Herr **Mösigen** verwies auf intensive Dialoge mit Fachleuten wie u.a. den Wirtschaftsprüfern. Schließlich werde die Auffassung vertreten, dass eine Klage durchaus Aussicht auf Erfolg habe.

Herr **Hupe** verdeutlichte, dass die jahresbezogene Rückstellungsbildung nicht marktwertbezogen erfolge und nach Auffassung der Verwaltung in diesem Zusammenhang unproblematisch sei.

Herr **Hasler** wandte ein, dass es sich um ein schwebendes Verfahren handle und theoretisch Verluste möglich seien.

#### Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer